

**Freiburg, 1. Mai 2019**

**Europa. Jetzt aber richtig!**

**Auf die Straße für ein solidarisches und gerechtes Europa!**

**Rede der GEW-Landesvorsitzenden Doro Moritz**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der 1. Mai ist unser Tag! Es ist der Tag der Arbeit. Der Tag des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner acht Einzelgewerkschaften. Deshalb bin ich gerne heute nach Freiburg gekommen. Es ist gut, dass wir diesen Tag heute gemeinsam feiern.

Gerade im Jahr 2019, dem Jahr, in dem wir als Demokratinnen und Demokraten aufgerufen sind, die Weichen für ein solidarisches und gerechtes Europa zu stellen!

Heute stelle ich bewusst voran, dass die Bedeutung der Gewerkschaften weit über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen hinausgeht. Auch unser Bund der Gewerkschaften wird in diesem Jahr 70 Jahre alt.

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften haben einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet, unser Land sozialer, menschlicher und damit lebenswerter zu machen. Wir haben unsere Gesellschaft demokratischer und gerechter gestaltet und Deutschland wieder zu einem geachteten Teil der Völkergemeinschaft gemacht, der sich dem vereinten Europa und dem Frieden in der Welt ebenso verpflichtet fühlt wie der Achtung der Menschenrechte. Von ihren Anfängen an kämpften die Gewerkschaften für eine starke, für eine soziale Demokratie und gegen politische und soziale Unterdrückung und Rechtlosigkeit, gegen eine Klassengesellschaft und unternehmerische Willkür, gegen soziales Elend und Ausbeutung durch Arbeit.

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ war für die deutsche Arbeiterbewegung nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht nur ein bloßes Lippenbekenntnis, das alljährlich zum Antikriegstag am 1. September wiederholt wird. Die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung am 2. Mai 1933 und die Verfolgung, Inhaftierung, Folterung und Ermordung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter durch die Nazis haben unauslöschlich das Selbstverständnis der DGB-Gewerkschaften geprägt.

Daran heute zu erinnern, ist zwingend notwendig. In Zeiten der zunehmenden Geschichtsvergessenheit, ja Geschichtsleugnung durch Rechtspopulisten!

Ja, wir müssen uns mehr denn je einsetzen gegen die soziale Spaltung, gegen Rechtspopulismus und für einen teilhabeorientierten Sozialstaat! Wer denn sonst!

Und deshalb erinnere ich heute gerne daran, dass auch unser Grundgesetz in diesem Monat, am 23. Mai, 70 Jahre alt wird. Dort ist das Sozialstaatsgebot ist verpflichtender Handlungsauftrag für die Verantwortlichen in der Politik verankert. Nur eine soziale Demokratie ist eine starke Demokratie!

Für uns sind das Koalitionsrecht, die Tarifautonomie und die Mitbestimmung die Grundlagen für die Verwirklichung des Sozialstaates. Auch die Einheitsgewerkschaft. Daraus beziehen wir unsere Stärke als Gewerkschaften. Wir setzen sie ein wir für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen – in Deutschland, in Europa, weltweit.

Gewerkschaften waren und sind weiterhin eine Emanzipations-, eine Demokratiebewegung. Schrittmacher für eine Politik des demokratischen und sozialen Fortschritts. Gemeinsam wollen wir unsere Stärke einsetzen, um dazu beizutragen, dass Menschen unser demokratisches System nicht zunehmend als fremd und undurchschaubar wahrnehmen – oder sogar als etwas Feindliches. Wir wollen dazu beitragen, dass sie Demokratie wieder als Möglichkeit erfahren, sich aktiv zu beteiligen und mitzugestalten.

Sichere und gute Arbeit der Zukunft, Bildung und Chancengleichheit, Pflege und Gesundheit, Klimawandel, Energie- und Verkehrswende, Förderung von Investitionen in moderne öffentliche Infrastruktur und in Personal, Verteilungs- und Steuergerechtigkeit. Dazu müssen wir Antworten finden. Weit über Deutschland hinaus. Wir wollen, dass die Menschen durch ihre Mitwirkung an diesem Dialog die Kraft der Solidarität und die individuelle Freiheit der Selbstbestimmung ganz direkt erfahren.

Mischt euch ein in diese zentralen gewerkschaftlichen Themen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das Jahr 2018 war ein gutes Jahr für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! Durch die Tarifabschlüsse in allen Branchen, die wir Gewerkschaften erkämpft haben, sind die Löhne um durchschnittlich 3 Prozent gestiegen. Auch im öffentlichen Dienst konnten wir im Februar ein gutes Ergebnis einfahren.

Beachtliche Durchbrüche haben wir 2018 qualitativ in der Tarifpolitik erzielt. Ganz gleich, ob Vereinbarungen zu befristeter Teilzeit, oder Zeit: Selbstbestimmte, individuelle Arbeitszeitgestaltung ist das Top-Thema innovativer Tarifaueinandersetzungen!

Wir sind stolz darauf, was wir als starke Gewerkschaften für die Beschäftigten alles erreichen können.

Wir haben erste Fortschritte bei der Stabilisierung des Rentenniveaus durchgesetzt und damit die gesetzliche Rente gestärkt. Wir Gewerkschaften waren und sind Treiber der Rentendebatte und werden nicht nachlassen. Es reicht uns nicht, dass das Rentenniveau nur bis 2025 stabil bleiben soll. Wir wollen ein höheres Rentenniveau und wir wollen, dass es dauerhaft höher bleibt.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen für ihre Lebensleistung eine armutsfeste Rente. Es ist doch ein Skandal, wenn jemand nach 35 Jahren Arbeit auf Sozialleistungen angewiesen ist!

Wir haben dafür gesorgt, dass die Arbeitgeber in die Pflicht genommen werden und die Krankenversicherung seit Jahresbeginn wieder paritätisch finanziert wird.

Wir haben im letzten Jahr die Debatte um bezahlbaren Wohnraum wesentlich vorangetrieben. Wir lassen nicht zu, dass mühsam erkämpfte Lohnerhöhungen durch maßlose Mietsteigerungen wieder einkassiert werden. Wohnen darf nicht zum unerschwinglichen Luxus werden! Menschen mit geringem Einkommen, Studierende, Auszubildende – sie müssen anständig wohnen können!

Unterstützt mit eurer Unterschrift die europäische Bürgerinitiative „Housing for All“!

Wir werden als Gewerkschaften nicht aufhören, massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur zu fordern. In den vergangenen Jahren wurde diese auf Verschleiß gefahren und ein riesiger Investitionsstau hat sich aufgetürmt (allein in den Kommunen sind es laut KfW 159 Mrd. €). Die Folge: marode Brücken, Straßen, Schulen und Verwaltungsgebäude, geschlossene Theater, Bibliotheken und Schwimmbäder. Überteuerte Wohnungen in den Ballungsgebieten, Leerstand in der Fläche, Ärztemangel auf dem Land. Hinzu kommen neue Herausforderungen durch Digitalisierung, Klimawandel und Globalisierung.

Das Personal des öffentlichen Dienstes wurde zwischen 1991 bis 2008 um ein Drittel gekürzt. Seither gibt es eine gewisse Trendwende. Aber das ist kein Garant für eine ausreichende Personalausstattung. Der kommunale Aufgabenbereich Bauen hat zwischen 2012 und 2017 insgesamt 9.499 Stellen eingebüßt. Viele Bauvorhaben können nicht umgesetzt werden, weil in den Kommunen das Personal fehlt. Aktuelles Beispiel: Die Stadt Stuttgart rühmt sich schuldenfrei zu sein. An den Schulen sind die Toiletten, die Bausubstanz und die digitale Infrastruktur in miserablen Zustand.

Die Konkurrenz um Fachkräfte ist groß. Der Wettbewerb ist nur zu gewinnen, wenn die Arbeitsbedingungen stimmen. Doch statt einer vorausschauenden Personalplanung erleben wir einen weiteren Anstieg bei den Befristungen auf über 15 Prozent. Der Staat als Arbeitgeber muss seine Vorbildfunktion erfüllen und für die Zukunft investieren!

Das gilt auch für den großen Bereich der Gesundheit und Pflege. Gute Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung sind Grundvoraussetzung dafür, Personal für diese hoch anspruchsvolle und gesellschaftlich sehr wichtige und wertvolle Aufgabe zu gewinnen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Geld ist genug vorhanden in Deutschland. Es ist nur falsch verteilt.

- Die Einkommensungleichheit und die Vermögenskonzentration sind in Deutschland im internationalen Vergleich sehr hoch. Die reichsten 1 Prozent besitzen so viel wie 88,2 Prozent der Bundesbürger/-innen.

- Frauen verdienen im Durchschnitt noch immer 21 Prozent weniger als Männer und leisten in der Regel 60 Prozent mehr unbezahlte (Fürsorge-)Arbeit im Haushalt, bei der Kinderbetreuung und in der Pflege von Angehörigen als die Männer.

Wer, wenn nicht die Gewerkschaften, rückt diese Situation immer wieder in das Zentrum des politischen Handelns!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werft mit mir gerade im Jahr der Europawahlen einen Blick auf die Friedenspolitik, auch sie ist originär gewerkschaftliche Aufgabe.

Seit mehr als siebzig Jahren herrscht in großen Teilen Europas Frieden – es ist die längste Friedenszeit in der Geschichte des Kontinents. Wir können uns heute nicht darauf ausruhen. Wir erleben eine neue Spirale im globalen Wettrüsten und einen erstarkenden Nationalismus und Protektionismus. Autoritäre, autokratische und rechtspopulistische Regime breiten sich aus, auch in Europa.

Wir sagen: Ja zum Frieden und Nein zu mehr Geld für Waffen! Deshalb brauchen wir eine wirksame demokratische Kontrolle über Rüstungsabkommen und die Einsätze europäischer Streitkräfte! Europäische Waffenexporte müssen stärker kontrolliert werden. Vor allem mit Waffenexporten in Krisen- und Konfliktgebiete und an Diktatoren und Autokraten muss endgültig Schluss sein!

Unser Frieden ist untrennbar mit einem vereinten Europa verbunden. Jean-Claude Juncker hat im Februar im Landtag in Stuttgart gesagt: Wer die Bedeutung des vereinten Europa leugnet, soll auf die Soldatenfriedhöfe gehen.

„Nie wieder Krieg! Abrüsten statt aufrüsten!“ So ist die Erklärung des DGB zum letztjährigen Antikriegstag überschrieben. Über 30 Kriege und bewaffnete Konflikte fordern unzählige Menschenleben, fast 70 Mio. Menschen sind auf der Flucht. Das fordert uns zum Hinschauen und zum Handeln auf. Ihr könnt heute hier auf dem Stühlinger Kirchplatz die friedenspolitische Arbeit unterstützen.

1. Unterschreibt die von den Gewerkschaften unterstützte Petition mit dem Titel „Abrüsten statt aufrüsten!“, die inzwischen von 140.000 Menschen unterschrieben worden ist.
2. Und ihr könnt die Petition „Krieg ist kein Kinderspiel“ unterzeichnen. Sie ist an vielen Ständen ausgelegt. Sie ist Teil der weltweiten „Aktion Rote Hand“ gegen Kindersoldaten. In rund 35 Staaten dieser Erde kämpfen, leiden und sterben mindestens 250.000 Kindersoldaten, 100.000 Mädchen und 150.000 Jungen. Ca. 70 Prozent von ihnen finden den Tod. Auch die Bundeswehr stellte letztes Jahr 1.679 Minderjährige ein. Sie wirbt seit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 immer aggressiver um Minderjährige. Die GEW Baden-Württemberg ist deshalb der bundesweiten Kampagne „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen bei der Bundeswehr“ beigetreten.

Für die Gewerkschaften steht außer Frage:

Menschen, die vor Krieg oder Bürgerkrieg fliehen oder in ihrer Heimat wegen ihrer Überzeugungen verfolgt werden, brauchen unsere Unterstützung und unsere Solidarität und müssen in Deutschland und Europa Schutz finden. Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist die Einhaltung der UN-Flüchtlingskonvention unantastbar. Wir wenden uns deshalb entschieden gegen die von Rechtspopulisten geschürte Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewaltbereitschaft mit dem Ziel, die Gesellschaft zu spalten.

Niemand bestreitet, dass die Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft ist.

Die zentrale Voraussetzung für die Integration sind Sprachkenntnisse und Bildung. Die Maßnahmen zur Eingliederung von Geflüchteten in Ausbildung und Beschäftigung zeigen Erfolge. Rund 30.000 junge Geflüchtete absolvieren derzeit bei uns eine qualifizierte berufliche Ausbildung – davon fast 3.000 in Baden-Württemberg. Mehr als 300.000 Menschen aus den acht wichtigsten Asylherkunftsländern sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, genauso viele wie aus den sogenannten Westbalkanstaaten. Und ein Großteil der bis 2017 aufgenommenen Geflüchteten hat inzwischen einen Sprachkurs absolviert.

Dennoch drehen sich die Debatten aktuell vor allem um eine Frage, nämlich wie durch eine größtmögliche Härte bei der Abschiebung wieder für vermeintlich geordnete Verhältnisse in der Migrationspolitik gesorgt werden kann. Eine Folge davon ist, dass künftig vermehrt junge Auszubildende ohne sicheren Aufenthalt aus dem Betrieb geholt, in Abschiebehaft genommen und abgeschoben werden sollen.

Wir wollen, dass endlich Schluss ist mit dieser menschenverachtenden Debatte. Unsere Forderung lautet „Ausbildung statt Abschiebung“.

Eine qualifizierte Ausbildung ist nicht nur wesentliche Voraussetzung für eine gute Beschäftigung. Sie kann auch – bei Rückkehr ins Herkunftsland nach dem Krieg – zum Wiederaufbau beitragen.

Selbstverständlich wird es Integration nicht zum Nulltarif gehen. Gestattet mir aber eine Bemerkung: Die teuersten Flüchtlinge, die wir in unserem Land haben, sind unsere Steuerflüchtlinge, die ihr Geld z.B. in Panama verstecken und den Fiskus jährlich Milliardensummen an entgangenen Steuern kosten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in genau 25 Tagen, am 26. Mai, ist Europawahl. Viele Mitgliedsstaaten sind in einer außergewöhnlichen Situation:

- Grenzkontrollen, Schließung der Mittelmeerhäfen; hohe (Jugend-) Arbeitslosigkeit
- Wahlerfolge und Regierungsbeteiligungen von rechtspopulistischen Parteien in Italien, Ungarn, Polen, Österreich

- Das Jahr des Brexit

Diese Wahl betrifft uns alle – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Gesellschaft als Ganze. Europa ist die Antwort auf viele Herausforderungen der heutigen Zeit: Globalisierung, Klimawandel und Digitalisierung machen an keiner Staatsgrenze halt.

Lange Zeit standen nicht die Rechte der Beschäftigten im Vordergrund der EU. Aber allmählich wächst das Bewusstsein, dass soziale Fragen die zentrale Rolle spielen, um Europa zusammenzuhalten.

Wir Gewerkschaften, der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, sind und waren immer für Europa als Friedens- und soziales Fortschrittsprojekt. Das heißt aber nicht, dass wir mit allem in der EU zufrieden sind. Die europäische Einigung wurde zu stark auf die wirtschaftlichen Freiheiten anstatt an sozialen Rechten und Belangen der Menschen ausgerichtet.

Auch heute, am internationalen Tag der Arbeiterbewegung, treten wir ein für Weltoffenheit, Toleranz und offene Grenzen. Unsere Solidarität gilt den Arbeitnehmer/innen, der Jugend und den sozial Schwachen, in Griechenland, in Portugal, in Spanien und in allen Ländern Europas.

Wir wollen Europa. Wir kämpfen für ein soziales, solidarischeres und gerechtes Europa.

Unser Slogan lautet: Europa, jetzt aber richtig!

Und das geht nur, wenn wir verhindern, dass die Anti-Europäer, die Rechtspopulisten im Europäischen Parlament das Sagen haben. Sie dürfen bei den Wahlen nicht so zulegen, dass sie Entscheidungen des Parlaments regelmäßig blockieren können. Um einen Kurswechsel hinzubekommen, brauchen wir ein handlungsfähiges Parlament mit klaren demokratischen Mehrheiten. Deswegen rufen wir alle Kolleginnen und Kollegen auf, zur Wahl zu gehen. Stärkt mit eurer Stimme die europäische Demokratie!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben klare Vorstellungen, wie wir Europa gemeinsam gestalten wollen:

- Wir wollen Steuergerechtigkeit. Europa ist zu einem Paradies für Reiche und Konzerne geworden. Damit muss Schluss sein!
- Wir haben auch zehn Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise nicht vergessen, dass es Kanzlerin Merkel selbst war, die sagte: „Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Finanzplatz darf ohne angemessene Regulierung bleiben; Finanzakteure müssen durch die Finanztransaktionsteuer zur Verantwortung gezogen werden!“
- Wir wollen Regeln für den internationalen Handel. Internationale Handelsabkommen der EU müssen Regeln für faire Arbeit und gegen Lohndumping, für Arbeitsschutz, für soziale Sicherheit, für Umwelt- und Verbraucherschutz enthalten.

- Wir brauchen einen europäischen Klimaschutz. Die Schüler/innen erinnern uns an den Freitagen daran, dass wir die Grundlage ihrer Zukunft verspielen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen die europäischen Klimaziele. Wir fordern für die betroffenen Beschäftigten langfristige Perspektiven, um sich neu orientieren und qualifizieren zu können.

Wir müssen uns gemeinsam mit Rechtspopulismus und extrem Rechten auseinandersetzen – im persönlichen Umfeld, am Arbeitsplatz, hier in Freiburg, in Baden-Württemberg und in Europa. Wir sagen „Stopp“ bei diskriminierenden und rassistischen Sprüchen!

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Dieser großartige Gedanke des Grundgesetzes ist nicht eingeschränkt, da steht nicht „die Würde des deutschen Menschen“, da steht nicht „die Würde des Staatsbürgers“!

Würde, Solidarität und Freiheit – das sind die gewerkschaftlichen Werte, das sind Werte, für die alle Demokratinnen und Demokraten eintreten müssen.

Wir müssen unmissverständlich klar machen: Die AfD eröffnet keine echten Perspektiven für diejenigen, die sich Sorgen um ihre Zukunft und die ihrer Kinder machen, die von sozialem Abstieg bedroht sind oder sich davor fürchten. Die demokratische Politik ist in der Pflicht. Sie muss endlich Wort halten und soziale Sicherheit für alle schaffen.

Auch wir Gewerkschaften sind betroffen von diesem Spuk: Der AfD-Wähleranteil in der Arbeitnehmerschaft und auch unter Gewerkschaftsmitgliedern ist beträchtlich. Das muss uns allen Sorgen machen. Auch gegenüber den eigenen Gewerkschaftsmitgliedern müssen wir klare Kante zeigen. Wer Gewerkschaftsmitglied ist, muss wissen: Gewerkschaften stehen für Weltoffenheit und Vielfalt. Gewerkschaften treten Rassismus und Rechtspopulismus mit Weltoffenheit, demokratischem Engagement und Solidarität entgegen – in den Betrieben und in der Gesellschaft. Und das zeigen wir auch heute: Jede Maikundgebung ist für uns ein klares Bekenntnis für Solidarität und gegen rechts!

Lasst mich im letzten Teil meiner Rede über Bildung sprechen:

Gute Bildung für alle in unserem Land ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe, für ein selbstbestimmtes Leben, für beruflichen Erfolg, für Demokratie und Toleranz.

2008 hat die Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder die „Bildungsrepublik Deutschland“, ausgerufen. Dafür fehlen in Deutschland jährlich 27 Mrd. Euro. Die Investitionen in Bildung gehen im Verhältnis zur wirtschaftlichen Entwicklung sogar zurück.

Ja, gute Bildung ist teuer. Schlechte Bildung ist so teuer, dass unser Land sie sich nicht leisten kann.

Das ist die Realität: Große Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft, mangelnde Sprachkompetenz und in der Folge geringe Chancen für eine erfolgreiche Berufsausbildung,

schulischer Misserfolg, Perspektivlosigkeit. Das sind Ergebnisse einer Politik, die an der Bildung spart und die damit in erheblichem Maß gesellschaftspolitischen Sprengstoff und volkswirtschaftlich Kosten verursacht. Und damit meine ich ganz bewusst die Bildungspolitik in unserem Land Baden-Württemberg.

Wir hatten eine schulpolitische Aufbruchstimmung in Baden-Württemberg nach dem Regierungswechsel 2011. Gemeinsames Lernen in den Klassen 5 bis 10, Behinderte und Nichtbehinderte gemeinsam in allen Schularten, der Ganzttag in der Grundschule – all das wurde gesetzlich verankert. Die rot-grüne Landesregierung hat erheblich in den Krippenausbau und in zusätzliche Kita-Plätze investiert. Die Richtung stimmte.

Seit dem Regierungswechsel 2016 erleben wir, dass alle Reformschritte stagnieren. Die CDU-Kultusministerin Eisenmann nutzt jede Gelegenheit, um das Rad wieder zurückzudrehen.

Wir erleben einen armseligen Umgang mit dem eigenen Personal.

Hauptschullehrkräfte werden nach ihrer aufwändigen Qualifizierung nicht befördert. Die Schulen warten seit über einem Jahr auf das mehrfach von Kultusministerien Susanne Eisenmann angekündigte Konzept zur Stärkung der Schulleitungen. Für die ist klar: Sie brauchen mehr Zeit und ein anständiges Gehalt. Bisher gibt es an den kleinen Schulen 174,71 Euro brutto im Monat. Kein Mensch in einem Unternehmen würde dafür eine Leitungsfunktion übernehmen.

Eltern müssen wegen Unterrichtsausfall vor Gericht ziehen. In drei Jahren grün-schwarzer Bildungspolitik wurde viel angekündigt und wenig umgesetzt. Kein Wunder, dass das Interesse am Lehrerberuf abnimmt. Es ist Zeit für mehr Zeit für die Arbeit an den Schulen!

Das ist ein inakzeptabler Umgang mit Führungskräften – und das bei vollen Kassen im Landeshaushalt. So wie die Landesregierung in der Bildungspolitik arbeitet, könnte keine Schulleitung ihren Job machen. Zum Beispiel die Ganzttagsschulen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit, indem sie Kinder und Jugendliche beim Lernen unterstützen, Lern- und Lebensraum mit musischen, sportlichen, kulturellen Angeboten bieten – wenn es ein verbindlicher und rhythmisierter Ganzttag mit professioneller Personalausstattung ist. Unsere Kultusministerin sagt: „Das wollen die Baden-Württemberger nicht“ und will zurück zu Betreuungsangeboten, die die Eltern dann bezahlen müssen.

Und wir wollen diese rückwärtsgewandte Bildungspolitik nicht!

Die Ministerin diskreditiert die Gemeinschaftsschulen und verunsichert damit die Eltern bei der Schulwahl. Ich versichere euch: Die Gemeinschaftsschulen leisten genau das, was unsere Gesellschaft braucht: Sie leiten die Schülerinnen und Schüler individuell zum eigenverantwortlichen, selbständigen Lernen und Handeln an und geben ihnen so viel Zeit, wie sie zum Lösen von Aufgaben brauchen. Die Gemeinschaftsschule fördert den Umgang mit Verschiedenheit, integriert Behinderte, sie fördert Toleranz. Sie nimmt jedes Kind so wie es ist. Sie bereitet Schülerinnen und Schüler auf alle allgemeinbildenden Abschlüsse vor. Sie ist in der Ausstattung keineswegs bevorzugt. Im Gegenteil:



Die Bewältigung ihrer großen Aufgaben wird ihnen bei der aktuellen Ausstattung schwer gemacht. Das muss sich ändern!

Kultusministerin Eisenmann erweckt in der Öffentlichkeit den Eindruck, dass sie alle schulischen Herausforderungen anpackt und Qualität verbessert. Ich sage euch:

Es gibt keine Maßnahme, die irgendetwas an den Schulen verbessert hat. Wer die Qualität von Unterricht verbessern will, muss zunächst dafür sorgen, dass er stattfindet.

Lasst mich wenige Beispiele nennen:

Ihr kennt von euren Kindern und Enkelkindern den regelmäßigen Unterrichtsausfall. Was macht die Ministerin? Sie lässt mehrmals im Jahr die Schulleitungen stundenlang aufschreiben, welche Unterrichtsstunde in einer Zufallswoche aus welchem Grund ausgefallen ist und was mit den Schüler/innen gemacht wurde. Das ist populistisch. Das bringt nicht mehr Personal in die Schulen.

Da kommt immer raus, dass an den Grundschulen am wenigsten ausfällt. Warum? Weil die Schulen die Kinder nicht heimschicken können. Die Lehrerinnen machen Überstunden oder verteilen die Kinder auf andere Klassen.

Sie kritisiert die Grundschullehrerinnen für die Rechtschreibleistungen der Schüler/innen und schickt an alle Schulen eine Broschüre zur Rechtschreibung. Mehr nicht.

Liebe K., liebe K., der größere Leistungsabstand zu den anderen Bundesländern liegt nicht daran, dass unsere Lehrer/innen die Rechtschreibregeln nicht kennen oder nicht konsequent üben. Sondern das liegt daran, dass sie dafür vor 10 Jahren noch Stunden hatten zum Üben und heute nicht mehr. Bei der Lehrer/Schüler-Relation in der Grundschule, also der Berechnung, wie viele Schüler/innen auf eine Lehrkraft kommen, liegt Baden-Württemberg auf dem 16. Platz der 16 Bundesländer. Und in unseren 4. Klassen haben 46 Prozent der Kinder Migrationshintergrund. Nur Bremen hat mehr. Diese Ausstattung ist eine Schande für unser reiches Bundesland!

Anstatt endlich dem großen Lehrermangel in der Grundschule, an den Sonderschulen, den beruflichen Schulen und inzwischen auch in den anderen Schularten zu begegnen und zusätzliche Studienplätze zu schaffen, werden jedes Jahr mehr Lehrer/innen und unausgebildete Personen mit befristeten Verträgen beschäftigt und am letzten Unterrichtstag vor den Sommerferien entlassen. Auch da ist unser Bundesland Spitzenreiter! Mit diesem Spitzenplatz muss Schluss sein!

Die Stunden für die Sprachförderung wurden massiv gekürzt. Kinder und Jugendliche, darunter neben Geflüchteten sehr viele Zugewanderte aus dem europäischen Ausland, sitzen in den Regelklassen, ohne dem Unterricht folgen zu können.

Wir dürfen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen. Wir haben schon immer Zuwanderung und haben es über Jahrzehnte zugelassen, dass viele dieser jungen Menschen perspektivlos bleiben

in unserer Gesellschaft. Das macht sie anfällig für Radikalisierung. Hier muss systematisch gearbeitet werden!

Und Werteerziehung? Für Ethikunterricht in der Grundschule ist kein Geld da. Dabei geht nur noch weniger als die Hälfte der Kinder in den Religionsunterricht. Wir brauchen den Ethikunterricht!

„Auf den Anfang kommt es an!“ Wir müssen uns mehr um die Qualität der frühkindlichen Bildung kümmern. Nirgends ist Qualität wichtiger als bei den Jüngsten. Gerade dort haben wir einen großen Mangel an Erzieherinnen und Erziehern. Warum? Weil Gehalt und Arbeitsbedingungen nicht stimmen – wie in der Grundschule. Die GEW sagt ja zu gebührenfreien Kitas. Wir müssen in die Qualität und in die Gebührenfreiheit investieren. Gebührenfreiheit ist eine sehr sinnvolle familienpolitische Maßnahme, nachdem der Kitabesuch bis zu 650 Euro monatlich kostet. Qualität und Gebührenfreiheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

Es ist falsch, dass in Deutschland in die frühe Bildung und in die Grundschule sehr viel weniger investiert wird als andere Industriestaaten. Wir dürfen nicht zulassen, dass junge Menschen nach neun Jahren die Schule verlassen und nicht befähigt sind, eine Ausbildung zu absolvieren und ein selbstbestimmter, eigenverantwortlicher Teil unserer demokratischen Gesellschaft zu sein. Es ist falsch, ihnen viele Jahre schulischen Misserfolg zuzumuten und ihnen erst in teuren Übergangssystemen und Warteschleifen an beruflichen Schulen mit großem Aufwand und oft mäßigem Erfolg Grundqualifikationen zu vermitteln.

Lasst uns gemeinsam die Zukunft unserer Kinder, unsere eigene Zukunft, die Zukunft unserer Arbeit und unserer Gesellschaft, die Zukunft Europas gestalten. Wählt am 26. Mai ein solidarisches und gerechtes Europa!